

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Walesa warnt vor Schnelljustiz

(spk) Lech Walesa, Chef der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc und Friedensnobelpreisträger, hat an die neue rumänische Staatsführung appelliert, nicht mit Hilfe von «Schnellgerichten und sofortigen Exekutionen» mit Gegnern abzurechnen. Walesa erklärte am Donnerstag in Danzig, er betrachte es als seine Pflicht zu betonen, dass man Recht nur mit den Mitteln des Rechts wiederherstellen könne.

UNO-Sitzung

(spk) Die neue rumänische Regierung hat eine Sitzung der UNO-Vollversammlung beantragt, bei der die Völkergemeinschaft aufgerufen werden soll, dem Land humanitäre Hilfe zu leisten. Der Antrag wird mit dem «gewaltigen Verlust an Menschenleben» und der grossen Zahl der von den Unruhen in Mitteleuropa gezeichneten Menschen begründet.

Dubcek ausgezeichnet

(spk) Der tschechoslowakische Parteichef aus dem Jahre 1968, Alexander Dubcek, erhält den mit 5000 ECU dotierten «Sacharow-Preis» des EG-Parlaments. Dies hat der Vorsitzende des Parlaments, Enrique Baron Crespo, dem Politiker schriftlich mitgeteilt, wie die tschechoslowakische Presse am Donnerstag berichtete.

Endara Sieger der Mai-Wahlen

(spk) Der neue Präsident Panamas, Guillermo Endara, ist am Mittwoch vom nationalen Wahlgericht zum Sieger der Wahl vom 7. Mai erklärt worden. Auf Druck Noriegas hatte das Gericht damals keinen Wahlsieger benannt. Nun hat das Gericht Endara, der als Kandidat der Opposition angetreten war, mit 62,5 Prozent der Stimmen zum eindeutigen Wahlsieger ausgerufen.

Beschleunigter Abzug

(spk) Die letzten indischen Truppen sollen Sri Lanka bis Ende März verlassen haben. Das kündigte der neue indische Aussenminister I.K. Gujral am Donnerstag im Unterhaus in New Delhi an.

Kultur soll aus ihrer Eigendynamik leben

Kulturbericht der Regierung an den Landtag – Bestandsaufnahme und Förderungsmöglichkeiten

(paf) – Die Regierung hat dem Landtag einen Kulturbericht unterbreitet, worin sie ausgehend von einer umfangreichen Bestandsaufnahme der kulturellen Organe und Organisationen sowie der bisherigen Förderung der Kultur durch Staat und Gemeinden Grundsätze einer liechtensteinischen Kulturpolitik darlegt. Mit dem Kulturbericht soll eine breite öffentliche Diskussion über den Stellenwert der Kultur in Liechtenstein in Gang gesetzt werden. Die im Bericht dargestellte Form des kulturellen Lebens ist nur funktionsfähig, wenn die Eigeninitiative eine zentrale Rolle spielt. Es ist deshalb notwendig, diesen Aspekt des liechtensteinischen kulturellen Lebens hervorzuheben, da er vor allem zum heutigen Ergebnis beigetragen hat und auch in Zukunft eine Weiterentwicklung möglich macht.

Keine «beamtete» Kultur

Nach Auffassung der Regierung wird es nach wie vor eine grosse Zahl von Idealisten brauchen, die ehrenamtlich auf kulturellem Gebiet tätig sind. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, dass es auch in Zukunft keine «beamtete» Kultur gibt, sondern ein Kulturleben sich zeigt, das nicht nur durch Vielfalt, sondern auch durch seine Eigendynamik geprägt ist.

Staat und Gemeinden

Massgebend bei der Gestaltung einer liechtensteinischen Kulturpolitik ist gemäss dem Bericht der Grundsatz der Subsidiarität und der Grundsatz, dass der Staat fördernd auf das kulturelle Leben einwirkt mit der Zielsetzung, die heute

vorhandene Vielfalt zu erhalten und weiterzuentwickeln. Für die Rollen und Aufgabenverteilung zwischen Land und Gemeinden heisst dies: Während die wesentliche Aufgabe der Gemeinden darin liegt, Kultur im Rahmen des kulturellen Lebens im einzelnen Dorf zu fördern, das heisst auf das Dorf bezogene Vereine und Institutionen ideell und finanziell zu unterstützen, wird sich der Staat auf die Förderung von Verbänden, welche auf dem kulturellen Gebiet tätig sind, sowie auf die Erhaltung von Institutionen, welche landesweit organisiert sind, beschränken.

Eine gemeinsame Aufgabe besteht darin, Veranstaltungen und Sonderaufgaben, die über eine Gemeinde hinaus von besonderer Bedeutung für das Land sind, zu unterstützen.



Kulturdiskussion

Im neuen Kulturbericht, der von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille herausgegeben wurde, wird der Stellenwert des Berichtes umschrieben. Nach Auffassung von Dr. Herbert Wille soll aufgrund dieses Berichtes eine eigentliche Kulturdiskussion erfolgen:

Der Bericht versteht sich als eine Grundlage für eine breite Diskussion bei den liechtensteinischen kulturellen Institutionen und Organisationen sowie in der breiten Öffentlichkeit über die liechtensteinische Kulturpolitik.

Was mit dem Kulturbericht angestrebt werden soll, ist zunächst eine breite Diskussion über den Stellenwert der Kultur in unserem Land zu entfachen und die Rolle, welche der Staat und die Gemeinden wie auch die Privaten bei ihrer Förderung zu spielen haben, auszumachen.

Die verschiedenen Ausstellungen des zeitgenössischen liechtensteinischen Kunstschaffens haben ein breites Echo ausgelöst, haben viele überrascht und erfreut. Vor allem sind viele von der Vitalität der Kunstszene in unserem Land beeindruckt. Entsprechend positiv ist denn auch der Grundtenor der bisher erfolgten Ausstellungen im Ausland. Ähnliche Urteile fällen ausländische Beobachter und Kritiker über das liechtensteinische Kunstschaffen. Beeindruckt zeigt man sich aber weniger von einzelnen Spitzenleistungen als von der ungewohnten Dichte und Reichhaltigkeit des kulturellen Schaffens und Angebots auf kleinstem Raum.

Wichtig scheint im Zusammenhang mit einem Kulturbericht, dass über die eingangs festgestellte, erst am Beginn stehende kulturpolitische Grundsatzdiskussion hinaus das öffentliche Gespräch über Kultur und Kulturpolitik weitergeführt wird und nicht abbricht. Kultur und Kulturpolitik sind auch für Liechtenstein kein Luxus, sondern schlichte Notwendigkeit, wie es dieser Bericht aufzeigen wird. Das Gespräch über Kultur und Kunst mag hierzulande vielleicht pragmatischer, bescheidener ausfallen als anderswo. Seine praktischen Resultate dürfen sich jedoch durchaus sehen lassen, wie dies die Ausstellung über das liechtensteinische zeitgenössische Kunstschaffen beweist. Aber so oder so, das Gespräch muss geführt werden, landesweit und wenn möglich auch über die Staatsgrenzen hinaus. Es muss geführt werden zwischen Politikern und Kulturschaffenden. Ein Dialog kann zwar nicht erzwungen, wohl aber behutsam gefördert werden. Und genau das wird der Staat in Zukunft vermehrt tun müssen. Dieser Kulturbericht versteht sich denn auch als Fortsetzung dieses Weges.

Kurskorrektur bei der staatlichen Finanzplanung

Bis 1994 ist ein Abbau der Fondsreserven um 82 Mio. Franken auf 79 Mio. Franken vorgesehen

(G.M.) – Die bei der letztjährigen Budgetdebatte verlangte Kurskorrektur für die staatliche Finanzpolitik hat nicht nur Auswirkungen auf die Erstellung des Voranschlags 1990, sondern auch auf die Finanzplanung der Jahre 1990–1994 ausgeübt. Wurde damals noch ein Abbau der Reserven bis Ende 1993 auf 40,9 Millionen Franken prognostiziert, so sollen die Fondsmittel am Ende der jetzigen Planungsperiode immerhin noch 79,3 Millionen Franken betragen. Allerdings verringern sich auch nach der neuesten Planung die Fondsreserven in den kommenden fünf Budgetjahren um 82 Millionen Franken und halbieren sich damit ungefähr gegenüber dem heutigen Stand.

Die Kurskorrektur bei den staatlichen Finanzen wird auch darin sichtbar, dass der Finanzplanung von Seiten der Regierung plötzlich nicht mehr der gleiche Stellenwert wie in früheren Jahren beigemessen wird. Während früher die Abweichungen gegenüber der Finanzplanung sogar mit Kommissarien als geringfügig eingestuft wurden, so ist nach der offiziellen Lesart ein Finanzplan nur noch ein unverbindliches Planungsinstrument. Die Finanzpolitik könne an einem Finanzplan, sagte Regierungschef Hans Brunhart während der letztjährigen Auseinandersetzung im Landtag, selbstverständlich Korrekturen anbringen, was auch nicht bestritten wurde.

Doch nun hat er von dieser Möglichkeit recht grosszügigen Gebrauch gemacht. Beispielsweise resultierte aus der Gegenüberstellung der Gesamtaus-

gaben und Gesamteinnahmen nach der letztjährigen Planung für das Rechnungsjahr 1993 noch ein Ausgabenüberschuss von 24,3 Millionen Franken. Nach der diesjährigen Berechnung soll 1993 nur noch ein Ausgabenüberschuss von 11,9 Millionen Franken vorliegen. Die realistischere Einschätzung der mutmasslichen Einnahmen zeigt hier offenbar ihre Wirkung.

Wie dringend die Notwendigkeit ist, die Einnahmenseite der Realität einigermaßen anzupassen, zeigt sich mit aller Deutlichkeit am Verlauf des Rechnungsjahres 1989: Nach dem Budget sollte sich der Einnahmenüberhang aus der laufenden Rechnung auf 41,4 Millionen Franken abschwächen, doch zeigen die Zwischenergebnisse, dass mit einem Einnahmenüberschuss von rund 65 Millionen Franken gerechnet werden kann.

Zweifel an der Seriosität der Planungsdaten lassen sich allerdings auch beim neuen Finanzplan nicht vermeiden. So sollen die Einnahmen im Jahre 1990 um 11,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr ansteigen, für das Jahr 1991 aber werden nur noch 4 Prozent Zuwachs prognostiziert. Sind hier die Zahlen gezwungenermassen auf ein höheres Niveau angepasst worden; um nachher erneut in der bisherigen Art weiterzumachen? Für einen Finanzminister erscheint eben die Verlockung zu gross zu sein, etwas weniger realistisch zu budgetieren, um dann plötzlich etliche Millionen «hervorzuzaubern»: Allein für das Jahr 1989 liegen in der Endabrechnung ungefähr 25 Millionen Franken Mehreinnahmen vor – statt Reserveeinsatz ist die Finanzierung der Ausgaben aus laufenden Mitteln möglich.

Dubcek Parlamentspräsident

Symbolfigur des «Prager Frühlings» einstimmig gewählt

Prag (AP) Der frühere tschechoslowakische Parteichef Alexander Dubcek ist am Donnerstag zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt worden. Für die Symbolfigur des «Prager Frühlings» stimmten alle 269 anwesenden Mitglieder der Bundesversammlung, der eigentlich 350 Abgeordnete angehören. Dubcek war einziger Kandidat für das Amt des Parlamentspräsidenten.

Der nach der Niederschlagung des «Prager Frühlings» 1968 in Ungnade gefallene 68jährige Politiker ist Nachfolger von Stanislav Kukral, der zuvor zurücktrat. Kukral ist parteilos und war erst am 12. Dezember zum Präsidenten der Bundesversammlung gewählt worden.

Mit seinem Rücktritt folgte Kukral einer am runden Tisch von Vertretern der Opposition und der Regierung getroffenen Vereinbarung, die die Wahl Dubceks zum neuen Präsidenten der Bundesversammlung vorsieht. Diese Übereinkunft enthält auch die Empfehlung, am Freitag den Dramatiker und Bürgerrechtler Václav Havel zum Staatspräsidenten zu wählen. Havel hatte seine Kandidatur davon abhängig gemacht, dass Dubcek ebenfalls eine führende Rolle im Staat erhält.

Nach seiner Wahl sagte Dubcek in einer vom Fernsehen der CSSR übertragenen Rede: «Dies ist eine moralische Befriedigung für die Hunderttausende

Menschen, die die Ideale des 'Prager Frühlings' hochgehalten haben.»

Dubcek wurde 1921 als Sohn eines Tischlers in Uhrovec in der Westslowakei geboren. Sein Vater gehörte dort zu den Mitbegründern der Kommunistischen Partei. Als diese zur Unterstützung der Sowjetunion aufrief, liess sich die Familie zusammen mit anderen Tschechen und Slowaken in Mittelasien nieder. 1938 kehrte die Familie in die Tschechoslowakei zurück, wo Alexander als Maschinenschlosser arbeitete. 1939 trat er der illegalen tschechoslowakischen KP bei und nahm 1944 als Angehöriger einer Partisanenbrigade am slowakischen Nationalaufstand gegen die Deutschen teil.

Nach Kriegsende begann sein Aufstieg im Parteiapparat. 1951 wurde er Mitglied im Zentralkomitee der slowakischen KP. Nebenbei absolvierte er ein Jura-Fernstudium und besuchte von 1955 bis 1958 die sowjetische Parteihochschule in Moskau. 1963 wurde er dann Vollmitglied im Präsidium der KPC.

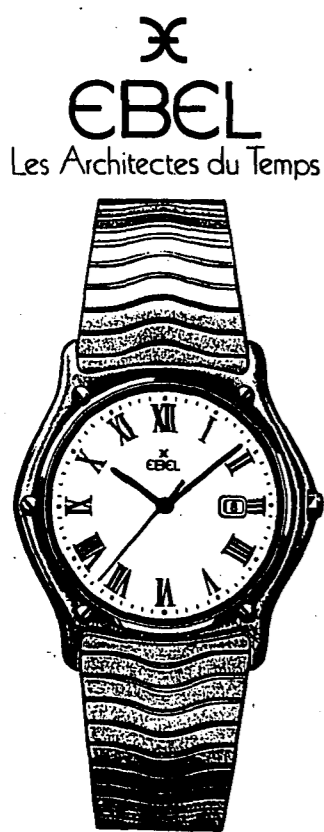
1967 forderte der Slowake auf einer ZK-Sitzung in Prag den Rücktritt des reformunwilligen Parteichefs Antonin Novotny. Nach harten Auseinandersetzungen gelang den Reformern schliesslich der Durchbruch. Am 6. Januar 1968 wählte das ZK Dubcek zum neuen tschechoslowakischen Parteichef. Der «Prager Frühling» begann.

Wolfgang Schnur als Vorsitzender bestätigt

Ost-Berlin (AP) Die Führung der DDR-Partei «Demokratischer Aufbruch» hat ihrem Vorsitzenden Wolfgang Schnur das Vertrauen ausgesprochen. Das geht aus einer am Donnerstag in Ostberlin verbreiteten Presseerklärung der neugegründeten Oppositionsgruppe hervor. Die von der DDR-Presse gegen den 45jährigen Rostocker Anwalt erhobenen Vorwürfe des Amts- und Privilegienmissbrauchs wurden darin als «haltlos» zurückgewiesen. Schnur war beschuldigt worden, er sei widerrechtlich in eine Wohnung in Warnemünde eingezogen. Darauf hatte er dem Parteivorstand die Vertrauensfrage gestellt.

Am Mittwoch hatte der prominente Rechtsanwalt wegen dieser Vorwürfe auf die Teilnahme am «runden Tisch» verzichtet und 24 Stunden später vor dem Parteipräsidium die Vertrauensfrage gestellt. Schnur hat eigenen Angaben zufolge gegen die Zeitung der staatlichen Jugendorganisation FDJ, «Junge Welt», Strafanzeige erstattet. Er sprach von «zügellosem falschen Beschuldigungen», die seine Stellung als Vorsitzender des «Demokratischen Aufbruchs» unterminieren sollten.

Der Parteivorstand wandte sich am Donnerstag nach einer langen Debatte gegen die «Pressekampagne», die auch gegen den «Demokratischen Aufbruch» gerichtet sei. Die DDR-Presse wurde gleichzeitig aufgefordert, in Zukunft «genauer zu recherchieren



EBEL
Les Architectes du Temps

huber
schmuck · uhren · juwelen
Stättle 34 und Rathausplatz
9490 Vaduz/Liechtenstein